

Jetzt ist eine politische Zweitmeinung gefragt

Die Vorlage für die Fusion des Bruderholz- und des Laufner Spitals wird an die Regierung zurückgewiesen

GEORG SCHMIDT

Der Widerstand der beiden Spitaldirektoren zeigt Wirkung: Der organisatorische Zusammenschluss wird überdacht.

Was die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission einstimmig und ohne Enthaltung beantragt hatte, fand im Landratsplenum einstimmig und ohne Enthaltung Zustimmung: Die Vorlage, mit der eigentlich die lange vorgespurte organisatorische Zusammenlegung der Spitäler auf dem Bruderholz und in Laufen Gestalt annehmen sollte, wurde an die Regierung zurückgewiesen. Es mache wenig Sinn, diese Fusion gegen den Willen der beiden Direktionen und der ärztlichen Leitungen durchzusetzen, sagte Kommissionspräsident Thomas de Cour-



landrat
Berichterstattung aus dem Baseltaler Parlament

ten (SVP). Deren Widerstand wurde erstmals an einer Klausurtagung im August offensichtlich.

In Laufen habe man Angst, in einem Grossbetrieb marginalisiert zu werden, während man sich auf dem Bruderholz vor dem Klotz am Bein fürchte – so umschrieb Marie-Theres Beeler die unterschiedlichen Standpunkte. Die Grünen nannte das Fusionsvorhaben einen blossen «Rettenversuch» für ein Kleinspital, das unter dem kommenden Regime der Fallkostenpauschalen keine Chancen mehr habe. Namens ihrer Fraktion stellte sie den Antrag, in Laufen anstelle des Spitals ein «Notfallambulatorium» einzurichten.

Zu Wort meldeten sich mit Georges Thüring (SVP), Petra Studer (FDP), Rolf Richterich (FDP) und Christian Steiner (CVP) auch vier Laufentaler Volksvertreter, welche vehement auf die Bedeutung des Spitals für ihren Bezirk, aber auch die angrenzenden Solothurner Gebiete aufmerksam machten.

Beatrice Herwig schliesslich brachte für die CVP den Antrag für eine separate Vorlage ein, welche

auf eine Verselbstständigung der staatlichen Spitäler und Psychiatrischen Kliniken als öffentlich-rechtliche Anstalten abzielt. Gesundheitsdirektor Peter Zwick (CVP), der bereits früher eine Auslagerungsvorlage angekündigt hatte, zeigte sich mit der Rückweisung einverstanden – er bat den Landrat, dem CVP-Antrag zuzustimmen und den «kostentreibenden» Grünen-Antrag abzulehnen. So geschah es: Dem Antrag von Herwig wurde mit 51 Ja- zu 30 Neinstimmen zugestimmt, während Beelers Vorstoss mit 25 Ja zu 56 Nein verworfen wurde.

DREI OPTIONEN. Die Regierung wird nun drei Optionen zu prüfen haben: die Beibehaltung des Status quo (wobei Laufen wohl einzelne Disziplinen abgeben würde), ein Neuanlauf für die vorerst gescheiterte Fusion (mit klaren Vorgaben seitens der Politik) und eine Art Super-Holding, welche alle staatlichen Kliniken im Baseltal zusammenführt. Zwick machte gestern einmal mehr klar, dass man am Spital Laufen auf alle Fälle festhalten will.

Kommentar

Zwick sucht fragwürdigen Ausweg

MARTIN BRODBECK



Die Rückweisung dieser unklaren Vorlage an die Regierung macht den Weg frei, die politischen Probleme und Möglichkeiten herauszuschälen.

Diese Hausaufgabe muss Gesundheitsdirektor Peter Zwick selber erledigen. Gefragt ist kein technokratisches Beamtendeutsch, sondern eine einfache Sprache und der Mut zu unpopulären Massnahmen. Beides vermisst man bisher beim Gesundheitsdirektor. Das Kantonsspital Laufen in seiner heutigen Form passt nicht in die zukünftige Landschaft. Kleinspitäler mit einem Komplettangebot – wie dies der Laufentalvertrag fordert – bringen nicht die nötigen Fallzahlen, welche ab

2012 zur Reduktion der Kosten und zur Sicherung der Qualität gefordert werden. Die Krankenkassen weigern sich, ein Spital mitzufinanzieren, das nur aus regionalpolitischen Gründen aufrechterhalten wird. Wenn der Kanton Baselland dennoch am Kleinspital festhalten will, dann muss er dies als gemeinwirtschaftliche Leistung subventionieren.

Dieser Ausweg ist im Rahmen der neuen Spitalfinanzierung des Bundes für abgelegene Bergtäler geschaffen worden. Hier aber wäre es ein Zementieren überholter Strukturen. Denn die Fallpauschalen wollen den Wettbewerb fördern. Staatssubventionen für ein Spital sind künftig systemwidrig und fragwürdig. martin.brodbeck@baz.ch

Uster schlägt Stephenson

Landrat wählt dreiköpfige Aufsichtskommission

THOMAS GUBLER

Zwei Gerichtspräsidenten und der Zuger alt Regierungsrat Hanspeter Uster bilden die Fachkommission zur Aufsicht über die neue Staatsanwaltschaft. Uster obsiegte gegen den Kampfkandidaten der SVP, den Basler Liberalen Jeremy Stephenson, mit 47 gegen 40 Stimmen.

Gegen die beiden Baseltaler Strafgerichtspräsidenten Adrian Jent (CVP) und Enrico Rosa (Grüne) hatte niemand etwas einzuwenden. Die beiden vom Kantonsgericht vorgeschlagenen Kandidaten wurden vom Landrat in stiller Wahl in die Fachkommission gewählt, die für den Regierungsrat die Aufsicht über die neue Staatsanwaltschaft und die Jugendanwaltschaft durchführt.

Spannend wurde es erst bei der Besetzung des dritten Kommissionsplatzes. Hier hatte die Regierung das Vorschlagsrecht, und sie präsentierte als ihren Kandidaten den früheren Zuger Regierungsrat Hanspeter Uster (52). Der ehemalige Magistrat der Sozialistischen Grünen Alternative (SGA) war jedoch aus verschiedenen Gründen nicht nach dem Geschmack der SVP. Uster sei nicht mehr unabhängig, weil er schon als externer Berater der Regierung bei der Umsetzung der Strafprozessordnung tätig gewesen sei, machte SVP-Fraktionschef Thomas de Courten geltend. Zudem habe Uster in der Zuger Strafvollzugsaffäre – zahlreiche Strafen wurden infolge Pflichtverletzungen eines Uster unterstellten Amtsleiters nicht korrekt vollzogen – keine gute Figur gemacht.

KAMPFWAHL. Als Konsequenz schlug die SVP als Gegenkandidaten den früheren Basler Strafgerichtspräsidenten und heutigen Appellationsrichter Jeremy Stephenson (59, Liberaldemokraten) vor. Mit 47 Stimmen (absolutes Mehr 44) obsiegte in der geheimen Wahl aber der Kandidat der Regierung. Auf Stephenson, der von der SVP und Teilen der FDP und CVP unterstützt wurde, entfielen 40 Stimmen.

Die Fachkommission führt im Auftrag des Regierungsrats oder von sich aus Inspektionen bei Staatsanwaltschaft und Jugendanwaltschaft durch. Sie berichtet der Regierung und der landrätlichen Justiz- und Sicherheitskommission über die Ergebnisse ihrer Tätigkeit und stellt der Regierung Anträge für Massnahmen.



Die Preesi-Fraktion ist zum Sextett angewachsen

VIER FRAUEN, ZWEI MÄNNER. Mit der gestern angebotenen Lotti Stokar (2. v. l., Oberwil, Grüne) verfügt die inoffizielle Fraktion der Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten jetzt über sechs Mitglieder im Baseltaler Landrat. Der Zuwachs erfolgte in jüngster Zeit

rasant: Erst Anfang September waren Claudio Botti (l., Birsfelden, CVP) und Franz Meyer (r., Grellingen, CVP) in den Landrat nachgerückt. Stokar und die beiden Christdemokraten haben sich zu Marianne Hollinger (3. v. l., Aesch, FDP), Myrta Stohler (3. v. r.,

Diegten, SVP) sowie Petra Schmidt (2. v. r., Sissach, FDP) gesellt, welche schon länger dem Landrat angehören. Myrta Stohler ist darüber hinaus Präsidentin des Verbands der Basellandschaftlichen Gemeinden (VBLG). GS Foto Daniel Desborough

Viel Getöse um den EuroAirport

Baseltaler Regierung und Fluglärmkommission beider Basel ernten Kritik

SAMUEL MATTLI

Der Landrat debattierte gestern über den jährlichen Bericht der Fluglärmkommission und drei Vorstösse zum altbekannten Problem.

«Jedes Jahr dieselbe Prozedur», seufzte Ueli Halder (SP): Immer wieder nehme der Landrat Kenntnis vom aktuellen Bericht der gemeinsamen Fluglärmkommission von Basel-Stadt und Baselland – Fortschritte sehe man aber kaum. «Ein reines Verwalten der Lärmmessungen reicht nicht aus», sagte zuvor schon Philipp Schoch (Grüne) namens der von ihm präsidierten Umweltschutz- und Energiekommission.

Halder, der im lärmgeplagten Allschwil lebt, und zahlreiche andere Parlamentarier waren des Lobes voll für den Flughafen Zürich, wo seit Kurzem eine Nachtflugsperrzone zwischen 23 und 6 Uhr gilt. Natürlich seien Verhandlungen für eine solche beim EuroAirport schwieriger, da über die Landesgren-

zen hinweg eine Einigung gefunden werden muss, «aber genau dafür haben wir doch die fähigsten Kräfte in die Regierung gewählt», sagte Halder. Ins allgemeine «Klagelied» der lärmgebeutelten Anwohner möchte er aber nicht einstimmen, betonte er – denn das lärmbringende Instrumentenlandessystem ILS-33 sei eine Sicherheitsmassnahme und keine Schikane.

AUFTRAG NICHT ERFÜLLT. Die Debatte über den Jahresbericht verlief abschliessend in den altbekannten Bahnen: Bürgerliche wie Hansruedi Wirz (SVP) und Patrick Schäfli (FDP) betonten vor allem die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens für die Region, Linke wie Simon Trinkl (Grüne) kritisierten vor allem den Lärm und beschuldigten die Fluglärmkommission quasi als Erfüllungsgehilfen des Flughafens: «Sie rechtfertigen

Lärm, statt ihn zu bekämpfen.» Kritik an der Kommission äusserte auch Hanspeter Weibel (SVP): Diese liefere keine Vorschläge, wie der Fluglärm reduziert werden könne und habe somit ihren Auftrag nicht erfüllt – daher soll dem Bericht die Kenntnisnahme verweigert werden, forderte er.

«2001 hatten wir 120 000 Flugbewegungen am EuroAirport, 2009 nur noch 80 000. Aber der Lärm wird immer grösser, zumindest hier im Saal und den Medien», ärgerte sich der verantwortliche Regierungsrat Adrian Ballmer (FDP). Die heftig kritisierte Fluglärmkommission nahm er explizit in Schutz und betonte: «In Kloten leben 42 000 Menschen in Gebieten, wo der Lärmgrenzwert überschritten wird, in Basel-Stadt und Baselland kein einziger.» Schliesslich nahm der Landrat mit 55 zu 17 Stimmen bei zwei Enthaltungen Kenntnis vom Bericht.

nachrichten

Fraktionen fordern eine Findungskommission

LIESTAL. Im Hinblick auf die Regelung der Nachfolge von Walter Mundschein als Landschaftsleiter im nächsten Jahr hat der Landrat einen dringlichen Vorstoss der Fraktionschefs für die Einsetzung einer Findungskommission gutgeheissen. Dieser sollen sieben Mitglieder aus allen Fraktionen angehören. Ein Regierungsmitglied nimmt mit beratender Stimme Einsitz. Aufgabe der Kommission ist, dem Landrat einen oder mehrere Wahlvorschläge zu unterbreiten. Gu

Ergänzungsleistungen für Familien gefordert

LIESTAL. Ergänzungsleistungen für Familien – was es bereits in Solothurn und Tessin gibt, soll es auch in Baselland geben, forderte die SP in einer Motion. Mit Erfolg: SP, Grüne und CVP/EVP stimmten geschlossen dafür und übertrumpften so FDP und SVP. Die Regierung hatte sich gegen die Motion ausgesprochen. skm